

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Bosbach, Hartmut Koschyk,
Thomas Strobl (Heilbronn), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/3718 –**

Pilotprojekt für die virtuelle Rekonstruktion von vorvernichteten Stasi-Unterlagen beginnen

A. Problem

Der Deutsche Bundestag hatte sich bereits am 5. Dezember 2000 für die Anwendung neuer elektronischer Möglichkeiten für die Rekonstruktion vorvernichteter Stasi-Unterlagen ausgesprochen.

Seit Anfang Mai 2004 gibt es den Vorschlag eines Pilotprojekts zur Rekonstruktion von 400 Säcken zerrissenen Materials. Als Rekonstruktionszeit sieht das Pilotprojekt zwölf Monate vor. Die Kosten des Pilotprojekts würden sich auf 6,5 Mio. Euro belaufen. Nach einem Jahr könne der Deutsche Bundestag über eine Weiterführung des Projektes entscheiden. Insgesamt würden 16 250 Säcke mit vorvernichtetem Material auf die Rekonstruktion warten.

Es handele sich bei den vorvernichteten Unterlagen um aktuellste Stasi-Vorgänge. Die manuell zusammengesetzten Unterlagen hätten zu wichtigen Erkenntnissen über 970 registrierte personenbezogene Vorgänge von Tätern und Opfern geführt, ebenso zu weiteren interessanten sachbezogenen Erkenntnissen bzw. über Verhandlungen zum Grundlagenvertrag, zu Rechtsextremismus und jugendlichen Randgruppen in der DDR oder zu Parteigründungen und Protestbewegungen im Herbst 1989.

Deshalb solle der Deutsche Bundestag die Durchführung einer Pilotstudie zur elektronischen Rekonstruktion vorvernichteter Stasi-Unterlagen beschließen und die Bundesregierung auffordern, einen Vertragsentwurf zu erarbeiten, welcher dem Deutschen Bundestag die Rechte an dem elektronischen Verfahren sichert.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 15/3718 abzulehnen.

Berlin, den 11. Mai 2005

Der Innenausschuss

Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast
Vorsitzende

Barbara Wittig
Berichterstatterin

Hartmut Büttner (Schönebeck)
Berichterstatter

Silke Stokar von Neuforn
Berichterstatterin

Gisela Piltz
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Barbara Wittig, Hartmut Büttner (Schönebeck), Silke Stokar von Neuforn und Gisela Piltz

I. Zum Verfahren

1. Der Antrag wurde in der 138. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. November 2004 an den Innenausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.
2. Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 67. Sitzung am 19. Januar 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.
3. Der **Innenausschuss** hat den Antrag in seiner 62. Sitzung am 11. Mai 2005 abschließend beraten. Die Fraktion der CDU/CSU hat darauf hingewiesen, dass unter Punkt 2 des Antrags „Bundesministerium des Innern“ durch „Bundesregierung“ ersetzt werden müsse.

Der Innenausschuss hat sodann unter Berücksichtigung des Hinweises der Fraktion der CDU/CSU den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt.

II. Zur Begründung

Die **Fraktion der CDU/CSU** betont, dass sich der Deutsche Bundestag bereits am 5. Dezember 2000 in einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen für die Anwendung neuer elektronischer Möglichkeiten für die Rekonstruktion vorvernichteter Stasi-Unterlagen ausgesprochen hat. Die Wichtigkeit des Erhalts bzw. der Rekonstruktion vorvernichteter Stasi-Unterlagen sei unbestritten. Die Koalitionsfraktionen hätten immer die Zusage gegeben, dass die benötigten finanziellen Mittel für das Rekonstruktionsprojekt zur Verfügung gestellt

würden. Die Fraktion der CDU/CSU sei in dieser Hinsicht seit über fünf Jahren verträstet worden. In Wirklichkeit zeige sich jetzt, dass die Koalitionsfraktionen dieses Projekt nicht wollen. Entscheidend sei aber, nunmehr mit dieser Innovation zu beginnen.

Die **Fraktion der FDP** verweist ebenfalls auf die Ausführungen der Koalitionsfraktionen in den bisherigen langjährigen Beratungen, in denen immer betont worden sei, dass sowohl für das Außenstellenkonzept als auch das Rekonstruktionsprojekt die finanziellen Mittel vorhanden seien. Insofern werde die Koalition jetzt wortbrüchig. Zudem habe die Fraktion der FDP mehrmals darauf hingewiesen, dass es sinnvoller gewesen wäre, statt ein Regionalkonzept für die nächsten 20 Jahre zu zementieren, dieses Geld in das Rekonstruktionsprojekt zu investieren. Eine Überarbeitung des Regionalkonzepts würde die Fraktion der FDP auch jetzt noch für dringlich erachten. Die Fraktion der FDP werde dem Antrag zustimmen.

Die **Koalitionsfraktionen** heben hervor, dass sie das in Rede stehende Stasi-Material als äußerst wertvoll betrachten. Auch dürfe konstatiert werden, dass insoweit Konsens bestehe, dass es der politische Wille aller Fraktionen sei, die vorvernichteten Stasi-Unterlagen wieder zusammenzufügen. Allerdings hätte auch Übereinstimmung bestanden, dass das Rekonstruktionsprojekt nicht aus dem Haushalt des Bundesministeriums des Innern, sondern vom Bund durch zusätzliche Mittel hätte finanziert werden müssen. Die Bereitstellung dieser finanziellen Mittel hätte bisher nicht erfolgen können. Man halte deshalb an dem Ziel der Rekonstruktion fest, müsse aber dieses Gesamtprojekt aus finanziellen Gründen zurückstellen. Deshalb lehne man den Antrag der Fraktion der CDU/CSU, mit diesem Projekt in diesem Jahr zu beginnen, ab.

Berlin, den 11. Mai 2005

Barbara Wittig
Berichterstatlerin

Hartmut Büttner (Schönebeck)
Berichterstatler

Silke Stokar von Neuforn
Berichterstatlerin

Gisela Piltz
Berichterstatlerin

